

289034-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – Kreisverwaltung Darmstadt-Dieburg - Fachbereich Klimaschutz, Infrastruktur, Standortförderung -B38 Ortsumgehung Groß-Bieberau- -B38 Ortsumgehung Groß-Bieberau-Planung Verkehrsanlagen LPH3 – LPH5 § 47 HOAI

OJ S 82/2026 28/04/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Kreisausschuss des Landkreises Darmstadt-Dieburg Fachbereich Klimaschutz, Infrastruktur, Standortförderung

E-Mail: zavs@ladadi.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer lokalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Kreisverwaltung Darmstadt-Dieburg - Fachbereich Klimaschutz, Infrastruktur, Standortförderung -B38 Ortsumgehung Groß-Bieberau- -B38 Ortsumgehung Groß-Bieberau-Planung Verkehrsanlagen LPH3 – LPH5 § 47 HOAI

Beschreibung: Die Ortsumgehung von Groß-Bieberau ist im Bundesverkehrswegeplan 2030 im vordringlichen Bedarf aufgeführt. Gegenwärtig führt die Ortsdurchfahrt der B 38 in Groß-Bieberau auf 2,2 km Länge durch die Stadtmitte. Nach der bereits erfolgten Linienbestätigung (Abschluss Leistungsphase 2 „Voruntersuchung“) durch das Bundesministerium für Verkehr (BMV) soll das Planungsprojekt nun weiter geplant werden gemäß den Leistungsphasen 3 bis 5 Leistungsbild Verkehrsanlagen gemäß HOAI.

Kennung des Verfahrens: 6a460dc9-1ec0-4729-9ff2-4c6c2e2cfe04

Interne Kennung: 2026-01-B38-FB310

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Darmstadt/Kranichstein

Postleitzahl: 64289

Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt-Dieburg (DE716)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: Teilnahmeanträge und Angebote sind ausschließlich elektronisch in Textform über die Vergabepattform subreport ELViS abzugeben. Teilnahmeanträge und

Angebote in Schriftform (Papier) sind nicht zugelassen. • Bewerbungen von Bewerbergemeinschaften und/oder die Benennung von Nachunternehmern (NU) sind zugelassen. • Bewerbergemeinschaften haben mit dem Teilnahmeantrag einen bevollmächtigten Vertreter zu benennen und eine von sämtlichen Mitgliedern unterschriebene Bewerbergemeinschaftserklärung (Formblatt zum Teilnahmeantrag) als eingescannte PDF-Datei hochzuladen. Das Original wird, wenn notwendig, gesondert nachgefordert. Die Bewerbergemeinschaft besteht im Falle der Aufforderung zur Angebotsabgabe als Bietergemeinschaft fort und wird im Falle der Zuschlagserteilung als Arbeitsgemeinschaft tätig. Der bevollmächtigte Vertreter vertritt die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich und ist zur Entgegennahme der Zahlungen mit befreiender Wirkung berechtigt. Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft haften gesamtschuldnerisch. • Möchte sich der Bewerber zum Nachweis seiner Eignung (wirtschaftlich, finanziell, technisch, beruflich) anderer Unternehmen bedienen, so muss er Art und Umfang der dafür vorgesehenen Leistungsbereiche in dem Formblatt Verzeichnis Nachunternehmer/Eignungsleihe benennen. Zum Nachweis, dass ihm die erforderlichen Fähigkeiten der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen, hat er mit Abgabe des Teilnahmeantrages diese Unternehmen zu benennen und entsprechende Verpflichtungserklärungen (Formblatt Verpflichtungserklärung Eignungsleihe) dieser Unternehmen vorzulegen. Dieses Formblatt ist zu unterschreiben und als eingescannte PDF-Datei hochzuladen. Das Original wird, wenn notwendig, gesondert nachgefordert. • Möchte der Bewerber Teile der Leistungen durch NU erbringen lassen, so sind diese nach Art und Umfang in dem Formblatt Verzeichnis Nachunternehmer/ Eignungsleihe zu benennen (Formblatt zum Teilnahmeantrag). Der Auftraggeber behält sich vor, Eignungsnachweise für die NU im Wege der Aufklärung anzufordern. • Die erforderlichen Angaben, Erklärungen, sowie Nachweise zur Eignung des Bewerbers sind im Falle von Bewerbergemeinschaften, sowie bei einem vorgesehenen Einsatz von NUs, derer sich der Bewerber zum Nachweis seiner Eignung bedient, von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft sowie der NUs mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. • Der Auftraggeber kann vom Bieter eine Urkalkulation elektronisch in einer vor der Einsichtnahme Dritter geschützten Form oder in einem gesonderten verschlossenen Umschlag verlangen. Die Urkalkulation kann bei der Angebotswertung, einem Nachtrag oder sonstigen zusätzlichen Vergütungsforderungen im Rahmen eines abgeschlossenen Vertrags zur Prüfung der Grundlagen der Preise eingesehen werden. Die Urkalkulation wird nach Freigabe der von beiden Vertragsparteien anerkannten Schlussrechnung an den Auftragnehmer zurückgegeben. • Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen und/oder Verurteilungen wird mit der Abgabe des Teilnahmeantrags versichert. Die Nachforderung von Nachweisen wird vorbehalten. • Die Verpflichtungserklärung nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG) zur Tariftreue, Mindestlohn und Nach- und Verleihunternehmen (nach § 4 Abs. 1 bis 3, § 6 und § 8 Abs. 2 HVTG) ist mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. • Die Eigenerklärung RU-Sanktionen bei der Vergabe ist ebenfalls von allen Bewerbern und den Mitgliedern einer Bewerbergemeinschaft mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. • Vergaberechtsrelevante Mehrfachbeteiligungen, die zu einem Verstoß gegen den Geheimwettbewerb führen, sind unzulässig. Die Bewerber müssen im Teilnahmeantrag nachvollziehbar darlegen, dass kein Verstoß gegen den Geheimwettbewerb vorliegt. Fehlen entsprechend aussagekräftige Erklärungen wird vermutet, dass durch die Mehrfachbeteiligung im Verfahren der Geheimwettbewerb verletzt ist. In diesem Fall werden sämtliche betroffenen Bewerbungen vom weiteren Verfahren ausgeschlossen. • Die Bewerbungsunterlagen können ausschließlich digital und kostenlos [unterwww.subreport.de/Evon](http://www.subreport.de/Evon) ZA vS heruntergeladen werden. Alle weiteren Informationen sind auf der Homepage www.ladadi.de/zavs abrufbar. • Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen über die Funktion „Bewerbung/Angebot abgeben“ elektronisch via: www.subreport.de. Es werden nur Bewerbungen mit fristgerecht

eingereichtem, vollständig ausgefülltem und ordnungsgemäß in Textform erstelltem Teilnahmeantrag in die Wertung miteinbezogen. • Bewerbungen nur für Teilleistungen führen zum Ausschluss der Bewerbung. • Zur Bewerbung sind zwingend die vom Auftraggeber vorgegebenen Vergabeunterlagen zu verwenden. • Rückfragen zu den zur Verfügung gestellten Vergabeunterlagen (1. Phase des Verfahrens) sind bis spätestens 14.05.2026 über die Vergabeplattform subreport ELViS zu stellen.

2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 1 314 800,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: - Schwere Verfehlungen, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird, gemäß § 124 (1) Nr. 3 GWB und § 17 (1) HVTG) Eine Erklärung des Bieters, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde ist erforderlich. - wenn präqualifiziert, im PQ-Register - wenn nicht präqualifiziert mit Abgabe des Formblatts 124 Eigenerklärung zur Eignung oder Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE)

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: - Bildung krimineller Vereinigungen gemäß § 123 (1) Nr. 1 GWB - Bildung terroristischer Vereinigungen gemäß § 123 (1) Nr. 1 GWB - Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung gemäß § 123 (1) Nr. 2 und Nr. 3 GWB - Betrug oder Subventionsbetrug gemäß § 123 (1) Nr. 4 und Nr. 5 GWB - Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung und Bestechung gemäß § 123 (1) Nr. 6 bis Nr. 9 GWB - Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit oder Ausbeutung gemäß § 123 (1) Nr. 10 GWB - Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen gemäß § 123 (4) GWB - Verstöße gegen umweltrechtliche Verpflichtungen gemäß § 124 (1) Nr. 1 GWB - Verstöße gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen gemäß § 124 (1) Nr. 1 GWB - Verstöße gegen sozialrechtliche Verpflichtungen gemäß § 124 (1) Nr. 1 GWB - Einstellung der beruflichen Tätigkeit gemäß § 124 (1) Nr. 2 GWB - Zahlungsunfähigkeit gemäß § 124 (1) Nr. 2 GWB - Insolvenz gemäß § 124 (1) Nr. 2 GWB - Mit Insolvenz vergleichbares Verfahren gemäß § 124 (1) Nr. 2 GWB - Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen gemäß § 124 (1) Nr. 4 GWB - Interessenkonflikt gemäß § 124 (1) Nr. 5 GWB - Wettbewerbsverzerrung wegen Vorbefassung gemäß § 124 (1) Nr. 6 GWB - Mangelhafte Erfüllung eines früheren öffentlichen Auftrags gemäß § 124 (1) Nr. 7 GWB - Täuschung oder unzulässige Beeinflussung des Vergabeverfahrens gemäß § 124 (1) Nr. 8 und Nr. 9 GWB - Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern oder Abgaben gemäß § 124 (4) GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Planung Verkehrsanlagen LPH3 – LPH5 § 47 HOAI

Beschreibung: Der Kreisausschuss des Landkreises Darmstadt-Dieburg Fachbereich Klimaschutz, Infrastruktur, Standortförderung sucht für die Maßnahme B 38 Ortsumgehung Groß-Bieberau ein Büro für die Planung der Verkehrsanlagen LPH3 bis LPH5 § 47 HOAI. Die Ortsumgehung von Groß-Bieberau ist im Bundesverkehrswegeplan 2030 im vordringlichen

Bedarf aufgeführt. Gegenwärtig führt die Ortsdurchfahrt der B 38 in Groß- Bieberau auf 2,2 km Länge durch die Stadtmitte. Nach der bereits erfolgten Linienbestätigung (Abschluss Leistungsphase 2 „Voruntersuchung“) durch das Bundesministerium für Verkehr (BMV) soll das Planungsprojekt nun weiter geplant werden gemäß den Leistungsphasen 3 bis 5 Leistungsbild Verkehrsanlagen gemäß HOAI. Der Verkehrsanlagenplaner begleitet das Projekt bis zum Planfeststellungsbeschlusses und führt die Ausführungsplanung (LPH 5) anschließend bis zur für die bauliche Umsetzung erforderlichen Detaillierung weiter. Die Ortsumgehung soll die Ortsdurchfahrt deutlich entlasten und damit die Verkehrssicherheit in der Ortslage verbessert sowie die vorhandene Lärm- und Abgasbelastung der Anwohner reduzieren.

Interne Kennung: LOT-0001 2026-01-B38-FB310

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Darmstadt

Postleitzahl: 64289

Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt-Dieburg (DE716)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/11/2026

Enddatum der Laufzeit: 30/06/2033

5.1.5. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 170 000,00 EUR

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:other-sme#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Nachweis der Fachkunde durch Vorlage von 3

Referenzen im Referenzbogen Die Referenzen müssen folgende Projektanforderungen

erfüllen: • Es sind dargestellt der Beschreibung und Bezeichnung des Leistungsumfangs,

Ausführungszeitraum, Name und Anschrift des Auftraggebers (einen Ansprechpartner beim

Referenzgeber mit Telefonnummer wird der Auftraggeber bei Bedarf nachfordern) •

Objektplanung Verkehrsplanung § 47 HOAI, mindestens zwei Leistungsphasen der LPH3 bis

LPH5 vollständig erbracht. • Anrechenbare Herstellkosten (AHK) € netto > 10 Mio. € • Mindesthonorarzone II oder höher • Planung / Umplanung einer Ortsumgehung im Zuge einer Bundes- oder Landesstraße • Abschluss der erbrachten Leistung nach 01.01.2018 (Angabe des Leistungszeitraums und des eigenen Leistungsanteils im Falle einer Bietergemeinschaft oder der Tätigkeit als Unterauftragnehmer). Diese Angaben fließen ein in die Bewertung anhand der Auswahlkriterien. Hinweis: Wird eine der o.g. Mindestanforderungen nicht erfüllt, wird die genannte Referenz insgesamt mit „0“ bewertet. Es müssen mindestens 2 wertbare Referenzen vorliegen. Wenn vorhanden, sollen Kopien von Referenzschreiben der jeweiligen Auftraggeber als Nachweis beigefügt werden. Allein die Nichtvorlage von Referenzschreiben macht die Referenz aber nicht unvollständig.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Angaben der Anzahl der durchschnittlichen jährlichen Beschäftigtenzahl des Unternehmens jeweils für die Jahre 2025, 2024 und 2023 in Bezug auf den Tätigkeitsbereich der geforderten Leistung. Angabe erfolgt innerhalb 1-02

Teilnahmeantrag. Diese Angaben fließen ein in die Bewertung anhand der Auswahlkriterien. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Im Auftragsfall muss durch eine Haftpflichtversicherung bei einem in der Europäischen Union zugelassenen Versicherer eine Deckungssumme für Personenschäden in Höhe von 2 Mio. EUR und für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden) in Höhe von 1 Mio. EUR, mit mindestens doppelter Maximierung pro Jahr nachgewiesen werden. Die Deckung muss über die Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben. Wenn ein solcher Versicherungsschutz noch nicht oder nicht in der geforderten Höhe besteht, ist mit dem Angebot eine schriftliche Eigenerklärung vorzulegen, wonach der Bieter dem Auftraggeber den Abschluss einer entsprechenden Versicherung im Zuschlagsfalle zusichert. Der Abschluss der (erhöhten) Versicherung ist im Zuschlagsfalle innerhalb von vier Wochen nach Zuschlag nachzuweisen. Eigenerklärung erfolgt gem.1-02-Teilnahmeantrag. Diese Angaben fließen ein in die Bewertung anhand der Auswahlkriterien. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Leistungen betrifft, die mit der zu vergebende Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen. Angabe erfolgt innerhalb 1-02 Teilnahmeantrag.

Diese Angaben fließen ein in die Bewertung anhand der Auswahlkriterien.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Vorlage eines aktuellen Handelsregisterauszugs oder vergleichbare Bescheinigung bei Unternehmen mit Sitz im Ausland; Mindestanforderung: nicht älter als 6 Wochen (Ausdruck von www.handelsregister.de genügt); auch für Nachunternehmen bei Eignungsleihe bzw. für alle Mitglieder einer Bergergemeinschaft

Angabe erfolgt durch Übergabe eines separaten Dokumentes durch den Bewerber. Diese Angaben fließen ein in die Bewertung anhand der Auswahlkriterien. Es werden nur Teilnahmeanträge von Bewerbern berücksichtigt, die die für die Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Auftrag erforderliche Eignung gemäß §§ 122 ff. GWB, 42 ff. VgV besitzen. Die Bewerber müssen ihre Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung, ihre wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit sowie ihre technische und berufliche Leistungsfähigkeit nachweisen. Bei Bewerbungen von Bewerber-/Bietergemeinschaften müssen die geforderten Nachweise und Kriterien gemeinsam erfüllt sein (z.B. Zusammenrechnung der Referenzen); die Leistungsfähigkeit einzelner Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft reicht als Nachweis allerdings nur aus, sofern dieses Mitglied nach der internen Arbeitsverteilung für die Durchführung der relevanten Leistungen überwiegend zuständig sein soll. Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen entsprechend §§ 123 und 124 GWB ist für jedes Mitglied der Bewerber-/ Bietergemeinschaft gesondert zu erklären. Beabsichtigt der Bewerber, sich zum Nachweis seiner Leistungsfähigkeit auf diejenige eines Dritten zu berufen (Eignungsleihe i.S.v. § 47 VgV; z.B. durch Berufung auf ein verbundenes Unternehmen oder einen Nachunternehmer), so ist in diesen Fällen die Leistungsfähigkeit des Dritten durch Vorlage der entsprechenden Nachweise darzulegen. Darüber hinaus ist die Verpflichtungserklärung Nachunternehmer vorzulegen. Die Formblätter für die Bewerber-/Bietergemeinschaft und für die Eignungsleihe (Verpflichtungserklärung) sind zu unterschreiben und als Scan hochzuladen; die Vergabestelle behält sich vor, das Original ggf. nachzufordern. Ausländische Bewerber haben statt der etwa geforderten amtlichen Nachweise nach deutschem Recht gleichwertige Bescheinigungen nach den Vorschriften des Herkunftslandes vorzulegen. Auf die Möglichkeit der Übermittlung einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) als (vorläufiger) Nachweis der Eignung gemäß § 50 VgV wird hingewiesen. Es werden von den Bewerbern über die bei konkreten Kriterien bereits benannten Unterlagen die folgenden Unterlagen, Erklärungen und Nachweise gefordert; im Übrigen wird auf die Auflistung der einzureichenden Unterlagen im Anschreiben verwiesen: Folgende allgemeine Eigenerklärungen sind auf den zur Verfügung gestellten Formblättern über die Vergabepattform elektronisch hochzuladen (Unterschriften werden grundsätzlich ersetzt durch die ordnungsgemäße Einreichung in Textform gemäß § 126b BGB; besondere Anforderungen auf einzelnen Formblättern sind zu beachten): - Formblatt Teilnahmeantrag - Verpflichtungserklärung Tariftreue-Mindestlohn (sofern nicht bereits in einem Präqualifikationsregister hinterlegt) - Eigenerklärung EU- Russland-Sanktionen bei der Vergabe - Bei Abgabe eines Teilnahmeantrags als Bewerbergemeinschaft: Formblatt „Bewerbergemeinschaft“ - Bei Abgabe eines Teilnahmeantrags mit Nachunternehmerleistungen bei Eignungsleihe: Formblatt „Verzeichnis Nachunternehmer /Eignungsleihe“, im Falle der Eignungsleihe zusätzlich das Formblatt „Verpflichtungserklärung Eignungsleihe“ -Wenn vorhanden, Vorlage eines Präqualifizierungszertifikats — Wenn keine Präqualifizierung vorliegt, Vorlage des Formblatts 124 Eigenerklärung Eignungskriterien für den Zugang zur nächsten Stufe Nach erfolgter Prüfung und Auswertung der Teilnahmeanträge anhand der vorab beschriebenen Eignungskriterien werden maximal 3 Bewerber zur Abgabe eines Angebots aufgefordert. Soweit mehr als 3 Bewerber geeignet sind, werden die 3 Bewerber mit der höchsten Bewertungspunktzahl ausgewählt und zur Abgabe eines Angebotes zugelassen, bei Punktgleichheit entscheidet das Los. Alle anderen Bewerber werden im weiteren Auswahlverfahren nicht berücksichtigt. Eignungskriterien und Gewichtung: Kriterium Gewichtung 1. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit 10 % 1.1 Angaben der Anzahl der durchschnittlichen jährlichen Beschäftigtenzahl 10% 2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit 15 % 2.1 Angabe über den durchschnittlichen Gesamtjahresumsatz 15 % 3. Fachliche Eignung - Referenzbogen 75 % 3.1 Objektplanung Verkehrsanlagen: Anzahl der auszuwertenden Referenzprojekte: 3 Gewichtung pro Referenz:

je 25 % (Übergabe und Wertung erfolgt anhand 1-09 Referenzbogen) 3.1.1 Mindestanforderungen (70%) 3.1.2 Projekt mit Tätigkeit Bürgerbeteiligung (30%) Eine nähere Beschreibung zur Bewertung (Bewertungsmaßstäbe und Erläuterungen) findet sich im Dokument „1-10 Auswahlkriterien _Bewerbungsphase“. In der 2. Phase, dem Verhandlungsverfahren, wird das Verfahren nur noch mit den am Ende der Phase 1 ausgewählten Bewerbern weitergeführt. Diese erhalten die Aufforderung zur Angebotsabgabe mit den entsprechenden weiteren Erläuterungen und geben ihre Erstangebote ab. Diese werden anhand der festgelegten Zuschlagskriterien bewertet. Es sei darauf hingewiesen, dass sich der Auftraggeber gemäß § 17 Abs. 11 VgV ausdrücklich vorbehält, bereits auf der Grundlage der Erstangebote den Auftrag zu vergeben, ohne in Verhandlungen einzutreten. Die zum Ablauf der Abgabefrist abgegebenen Erstangebote sind daher bereits verbindlich. Der Auftraggeber wird daher bereits die Erstangebote anhand der Zuschlagskriterien für Phase 2 bewerten. Sollte Handlungsbedarf bestehen und daher der Zuschlag nicht bereits auf ein Erstangebot erteilt werden, wird der Auftraggeber anschließend über die Erstangebote mit den Bietern verhandeln und diese sodann zur Abgabe finaler Angebote auffordern. Diese Angebote werden wiederum anhand der Zuschlagskriterien bewertet. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Beschreibung: 1 Preis: Gesamtangebotspreis brutto, Gewichtung: 30 % Kriterium: Honorar auf Grundlage des Vertragsentwurfs gem. 1-12-Formblatt Honorarangebot

Kriterium:

Art: Qualität

Beschreibung: 2 Organisation des Projektteams: 20 % 3 Berufliche Qualifikation des Projektteams: 10 % 4 Abwicklung und Erfahrung: 40 %

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 14/05/2026 23:59:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E65954945>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E65954945>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 27/05/2026 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber behält sich gemäß § 56 VgV vor, die Bewerber aufzufordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen (insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise) nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren, oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen. Fordert der Auftraggeber Angaben, Erklärungen oder Nachweise nach, sind diese vom Bewerber/Bieter an die die Erklärung anfordernde Stelle des Auftraggebers zu übermitteln (sofern in der Nachforderung nicht ausdrücklich anders bestimmt). Die Bewerber/Bieter können sich auf eine solche Nachforderung aber nicht verlassen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Schlichtungsstelle: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Informationen über die Überprüfungsfristen: Sieht sich ein Bewerber oder Bieter durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften in seinen Rechten verletzt, ist der Verstoß innerhalb von zehn Kalendertagen beim Auftraggeber zu rügen (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 GWB). Verstöße, die aufgrund der Bekanntmachung oder der Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zu der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Abgabe der Bewerbungen (bzw. Angebote) gegenüber dem Auftraggeber geltend gemacht werden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2, 3 GWB). Teilt der Auftraggeber dem Bewerber oder Bieter mit, seiner Rüge nicht abhelfen zu wollen, oder bleibt er untätig, so besteht die Möglichkeit, innerhalb von 15 Tagen nach Eingang der Mitteilung einen Antrag auf Nachprüfung bei der Vergabekammer des Landes Hessen bei dem Regierungspräsidium Darmstadt zu stellen (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB). Bieter, deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß § 134 GWB darüber informiert. Ein Vertrag darf bei elektronischer Übermittlung erst 10 Kalendertage nach Absendung dieser Information durch den Auftraggeber geschlossen werden. Die Frist beginnt am Tag nach Absendung der Information durch den Auftraggeber. Nach Ablauf dieser Frist ist ein Zuschlag möglich, auch wenn eine Frist nach § 160 Abs. 3 GWB noch nicht verstrichen sein sollte. Ein Nachprüfungsantrag müsste daher zur Verhinderung eines Zuschlags vor Ablauf der Frist nach § 134 GWB dem Auftraggeber durch die Vergabekammer zugestellt worden sein. Die

Unwirksamkeit einer Auftragserteilung kann gemäß § 135 Abs. 1 und 2 GWB nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Information über den Vertragsabschluss, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Vergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Vergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Submissionsstelle beim Revisionsamt des Landkreises Darmstadt-Dieburg

Organisation, die Angebote bearbeitet: Kreisausschuss des Landkreises Darmstadt-Dieburg
Fachbereich Klimaschutz, Infrastruktur, Standortförderung

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Zentrale Auftragsvergabestelle-Kreisausschuss des Landkreises Darmstadt-Dieburg

Registrierungsnummer: Berichtseinheit-ID 00002636

Postanschrift: Jägertorstr. 207

Stadt: Darmstadt

Postleitzahl: 64289

Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)

Land: Deutschland

E-Mail: zavs@ladadi.de

Telefon: +4961518811600

Internetadresse: <http://www.ladadi.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffungsdienstleister

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Registrierungsnummer: 06151126603

Postanschrift: Wilhelminenstraße 1-3

Stadt: Darmstadt

Postleitzahl: 64283

Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpda.hessen.de

Telefon: +49 6151126603

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

Schlichtungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Submissionsstelle beim Revisionsamt des Landkreises Darmstadt-Dieburg

Registrierungsnummer: 00002636
Stadt: Darmstadt/Kranichstein
Postleitzahl: 64289
Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)
Land: Deutschland
E-Mail: zavs@ladadi.de
Telefon: +49 61518811600

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Kreisausschuss des Landkreises Darmstadt-Dieburg Fachbereich Klimaschutz, Infrastruktur, Standortförderung
Registrierungsnummer: Berichtseinheit-ID 00002636
Postanschrift: Jägertorstraße 207
Stadt: Darmstadt
Postleitzahl: 64289
Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Zentrale Auftragsvergabestelle
E-Mail: zavs@ladadi.de
Telefon: +4961518811600

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer
Organisation, die Angebote bearbeitet

8.1. ORG-0005

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: a8318ece-5c7f-4588-a875-bd0e9073ebd2 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 24/04/2026 20:28:40 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 289034-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 82/2026

Datum der Veröffentlichung: 28/04/2026